

DER EUROSKEPSIS- WELLE BEGEGNEN

Mark Leonard und José Ignacio Torreblanca

ZUSAMMENFASSUNG

Zum Zeitpunkt der schlimmsten wirtschaftlichen und politischen Krise in der Geschichte der Europäischen Union finden im Mai Wahlen zum Europäischen Parlament statt, die nach den Prognosen der Meinungsforscher zu einer Euroskepsis-Welle führen werden. Auch wenn proeuropäische Kräfte diese Wahl zu einem Wettbewerb über einen politisch linken oder rechten neuen EU-Kommissionspräsidenten erklären, wird die eigentliche Auseinandersetzung zwischen ihnen und den europaskeptischen Kräften stattfinden, die vermutlich drittstärkste Kraft im Europäischen Parlament werden. In diesem Forschungspapier wird untersucht, wie groß die europaskeptische Welle vermutlich ausfallen wird, wie ihre Auswirkung sein wird und wie proeuropäische Kräfte damit umgehen sollten.

Auch wenn die Europaskeptiker die Integration in der Eurozone nicht aufhalten werden, können sie sie doch entscheidend verlangsamen und die Legitimität der EU weiter untergraben. Zur Durchsetzung ihrer Agenda benötigen die Europegegner nicht die Mehrheit im Europäischen Parlament. Tatsächlich besteht die echte Gefahr darin, dass es ihnen gelingen könnte, die Agenda der etablierten Parteien zu beeinflussen – vor allem auf nationaler Ebene. Die Europaskeptiker prägen einen öffentlichen Diskurs mit, der Europa mit Einwanderung, Sparmaßnahmen und Souveränitätsverlust gleichsetzt und somit Druck in Richtung „weniger Europa“ anstelle von „mehr Europa“ ausübt. Aber anstatt sich hinter einem „Kartell in Europa“ zu verschanzen, sollten die Europabefürworter versuchen, Möglichkeiten für einen politischen Schlagabtausch zwischen konkurrierenden Visionen von Europa zu schaffen.

Vor den Europawahlen im Mai haben Europas rechtsextreme Parteien ein Bündnis gegen die EU geschlossen. Nachdem sich die Parteivorsitzenden der französischen Front National, Marine Le Pen und der niederländischen „Partei für die Freiheit“, Geert Wilders im November 2013 getroffen haben, lud der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs, Heinz-Christian Strache, zu einem Treffen der rechtsextremen europaskeptischen Parteien ein, an dem neben dem Front National die belgische Vlaams Belang (Flämisches Interesse), die Schwedendemokraten, die italienische Lega Nord¹ und die Slowakische Nationalpartei SNS mit öffentlicher Unterstützung Wilders teilgenommen haben. Diese so genannte Europäische Allianz für Freiheit will im Europäischen Parlament eine Fraktion bilden, wofür gegenwärtig 25 Mitglieder aus sieben EU-Mitgliedstaaten erforderlich sind. Sie sind momentan auch dabei, Kontakte zur britischen Unabhängigkeitspartei (UKIP), den Basisfinnen, der Dänischen Volkspartei sowie der Alternative für Deutschland (AfD) zu knüpfen.

Der Widerstand der rechtsradikalen Parteien gegen die Vorstellung einer „immer engeren

¹ Georgina Prodhan: Austria's Freedom aims to enlarge Eurosceptic bloc“, Reuters vom 14. November 2013, abrufbar unter: <http://www.reuters.com/article/2013/12/14/us-europe-right-austria-idUSBRE9BD0DD20131214>.

Union“ wird auch von einigen der größeren und etablierten europaskeptischen Parteien in der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) geteilt, wozu auch die britische Konservative Partei, die polnische Recht und Gerechtigkeitspartei sowie rechtsradikale Parteien aus Mittel- und Osteuropa wie etwa Jobbik (Ungarn) und Goldene Morgenröte (Griechenland) gehören. Diese sich im Aufbau befindliche Koalition gegen das Establishment könnte zudem Unterstützung aus den Reihen der 18 linken Parteien in der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke erhalten, zu denen Syriza (Griechenland), Die Linke (Deutschland), die Sozialistische Partei (Die Niederlande) sowie andere Parteien wie die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien gehören.²

Diese Koalition europaskeptischer Parteien könnte den etablierten Parteien im Europaparlament das Leben schwer machen. Das weltweit erste supranationale Parlament kann die Ernennung der Europäischen Kommission blockieren, gegen viele europäische Gesetzesvorlagen ein Veto einlegen, die Ratifizierung internationaler Verträge und Handelsvereinbarungen blockieren und sogar den EU-Haushalt aufhalten. Die Europaskeptiker hoffen darauf, ihre Befugnisse zu nutzen, um das europäische Projekt von innen heraus zugrunde zu richten.³ Einige Kommentatoren meinen, in der Anti-EU-Allianz eine europäische Variante der Tea Party zu erkennen und prophezeien, dass es ihnen gelingen könnte, den Weg für eine europäische Version des „Shutdown“ zu bereiten.⁴

² „The Rise of Eurosceptic Right-Wing Parties and the 2014 European Elections“, MHP, abrufbar unter: <http://mhpccom.wpengine.netdna-cdn.com/public-affairs/files/2013/12/Eurosceptic-leaflet-V3.pdf>.

³ Ian Traynor: „Le Pen and Wilders forge plan to 'wreck' EU from within“, in: Der Guardian, 13. November 2013, abrufbar unter: <http://www.theguardian.com/politics/2013/nov/13/le-pen-wilders-alliance-plan-wreck-eu>.

⁴ Gideon Rachman: „Watch out for the rise of a European Tea Party“, in: Financial Times, 21. Oktober 2013, abrufbar unter: <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/eb265a64-3a42-11e3-b234-00144feab7de.html#axzz2wbUNAYUi>; vgl. „Europe's populist insurgents: Turning right“, in: Der Economist, 4. Januar 2014, abrufbar unter: <http://www.economist.com/news/briefing/2159266>

In gewisser Hinsicht könnten die Europaskeptiker mehr Schaden anrichten als die Tea Party. Auch wenn die amerikanische Rechte die Regierung aus dem Leben der Menschen zurückdrängen möchte und aus diesem Grund auf die Schwächung von Kongress und Regierung zielt, so stellt sie nicht die Existenz der Vereinigten Staaten in Frage. Im Gegensatz dazu unterstützen einige europaskeptische Parteien das Fortbestehen der EU in keinsten Weise und ihnen widerstrebt die Existenz des Parlaments, in das sie nun gewählt werden wollen. Wenn die Europaskeptiker tatsächlich, wie von den Meinungsforschern vorhergesagt, als drittstärkste Kraft aus den Wahlen hervorgehen, könnten wir Zeuge eines seltsamen Spektakels werden, nämlich eines Parlaments mit vielen Abgeordneten, die auf ihre eigene Abschaffung hinarbeiten. Das bezeichnen wir als „selbst hassendes Parlament.“⁵ Dadurch wird es aller Voraussicht nach im Europaparlament zu einer Polarisierung der Debatten zwischen Europabefürwortern und Europaskeptikern kommen.

Selbst wenn das nicht eintritt, könnte das Regieren in der EU wegen der Europaskeptiker noch schwieriger werden und die EU daran hindern, wichtige Entscheidungen zur Bewältigung der Eurokrise und zur Generierung von Wachstum zu treffen. Die Europaskeptiker könnten dadurch und indem sie die Unzufriedenheit der Bürger mit EU-Politik betonen, die Legitimität der EU weiter schwächen. Somit fiel es Europa schwer, die tiefen Gräben, die zwischen Gläubigern und Schuldern, Nord und Süd, Mitgliedern der Eurozone und Nichtmitgliedern sowie Bürgern und Eliten entstanden sind, zu überwinden und das Europäische Parlament würde zunehmend an Relevanz verlieren. Damit würde genau das Gegenteil dessen eintreten, was die Europabefürworter mit der Schaffung des Europäischen Parlaments erreichen wollten, nämlich das „demokratische Defizit“ in der EU zu überwinden.

6-parties-nationalist-right-are-changing-terms-european-political-debate-does.

⁵ Vgl. Mark Leonard: „Europe's self-hating parliament“, in: Reuters, 19. November 2013, abrufbar unter: <http://blogs.reuters.com/mark-leonard/2013/11/19/europes-self-hating-parliament/>.

Europabefürworter erhoffen sich, dass die institutionelle Neuerung, einen linken oder rechten Kandidaten als EU-Kommissionspräsident wählen zu können, diese Dynamik aufhält. Sie wünschen sich, dass eine weltanschauliche Debatte zwischen verschiedenen Visionen von „mehr Europa“ losgetreten wird und den Bürgern differenzierte politische Optionen geboten werden. In diesem Forschungspapier vertreten wir die Auffassung, dass dies zwar in der Theorie eine löbliche Idee ist, doch die praktische Umsetzung weder dazu geeignet ist, der Euroskepsis zu begegnen noch die niedrige Wahlbeteiligung bei Europawahlen zu erhöhen. Es scheint, als wenn die lang ersehnte Politisierung stattgefunden hätte und die Bürger endlich zum Wählen gingen, doch anders als die Europabefürworter erwartet und erhofft hatten.

Wir misstrauen Europa

Ende Mai sind rund 390 Millionen EU-Bürger aufgerufen, an die Wahlurnen zu gehen. Dies wird zu einem Zeitpunkt geschehen, an dem die EU die schwerste Krise ihrer Geschichte durchmacht und ihr Image auf einem historischen Tiefstand angelangt ist (siehe Abbildung 1). Im Jahr 2007, also vor Ausbruch der Krise, hatten noch 53 Prozent der EU-Bürger ein positives Image der EU; nun beträgt der Wert nur noch 31 Prozent. Anders herum hatten im Jahr 2007 nur 15 Prozent der Bürger negative Ansichten über die EU, nun sind es fast 28 Prozent. Vor der Krise haben somit die positiven Ansichten die negativen übertraffen, was jetzt nicht mehr der Fall ist. Gleichwohl sind die Unentschiedenen die größte Gruppe, wodurch sich die interessante Frage stellt, was diese bewegen könnte, die EU wieder positiv zu beurteilen – oder eine endgültig negative Einstellung anzunehmen.

Nur 31 Prozent der Europäer haben derzeit Vertrauen in die EU, verglichen mit 58 Prozent der Europäer, die ihr kein Vertrauen schenken (siehe Abbildung 2). Bei den letzten Europawahlen im Jahr 2009 haben 48 Prozent dem Europaparlament vertraut, 36 Prozent schenken ihm kein Vertrauen. Dieser Trend hat sich inzwischen umgekehrt: 39 Prozent vertrauen ihm und 48 Prozent tun dies nicht. Kurz gesagt leidet die EU derzeit unter einer nie dagewesenen negativen Zustimmungsrate.

Dieser Vertrauensverlust in die EU ist deswegen so besorgniserregend, weil er in allen Mitgliedstaaten zu beobachten ist. Wo das Vertrauen einmal hoch war, ist es jetzt niedrig; und wo es bereits niedrig war, ist es noch niedriger (siehe Abbildung 3). Im Jahr 2007 war Großbritannien das Land mit der am stärksten ausgeprägten Euroskepsis – und damit das einzige EU-Mitglied, in dem das Misstrauen in die EU größer war als das Vertrauen. Derzeit liegen die Misstrauensraten in Ländern wie Spanien oder Griechenland bei unter -50, die bislang traditionell zu den Ländern mit den meisten Europabefürwortern in der EU gehörten. Das Vertrauen in die EU ist auch in Geber- und Nehmerländern eingebrochen; die Bürger in Geberländern finden, dass sie zu viel „Solidarität“ zeigen müssen, während die Bürger in Nehmerländern den Eindruck haben, zu wenig „Solidarität“ zu empfangen.

Die Gefahr des sinkenden Vertrauens in die EU ist, dass es Einfluss auf die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen haben könnte. Seit 1979 ist die Wahlbeteiligung bei Europawahlen stetig von 62 Prozent auf nur noch 43 Prozent im Jahr 2009 gefallen. Das Europäische Parlament gilt als entfernte Institution und aus seiner Wahl gehen weder Regierungen hervor noch werden Amtsinhaber abgestraft. Damit werden diese Wahlen von den Bürgern als zweitrangig eingestuft, als Art Zwischenwahlen, bei denen man ohne Risiko zu Hause bleiben oder die Stimme taktisch einsetzen kann, um die Unzufriedenheit mit den nationalen Regierungen zum Ausdruck zu bringen.⁶ Ein unverhältnismäßig großer Anteil derer, die wählen gehen, wählt europaskeptische Parteien, die ihnen versprechen, das Parlament aufzulösen, in das sie gewählt werden möchten.

⁶ Simon Hix und Michael Marsh: „Punishment or Protest? Understanding European Parliament elections“, in: *Journal of Politics*, Band 69, Heft 2, Mai 2007, S. 495-510.

Abbildung 1

Image der EU

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Eurobarometer Daten

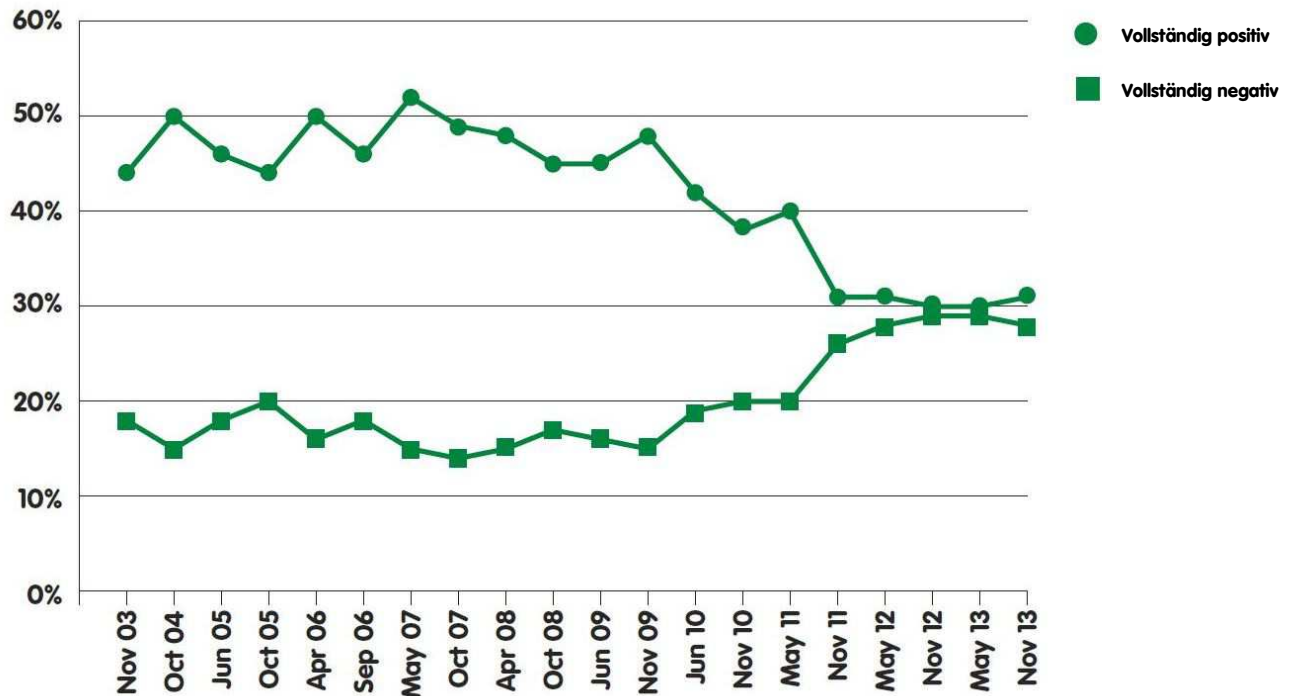


Abbildung 2

Vertrauen in die EU

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Eurobarometer Daten

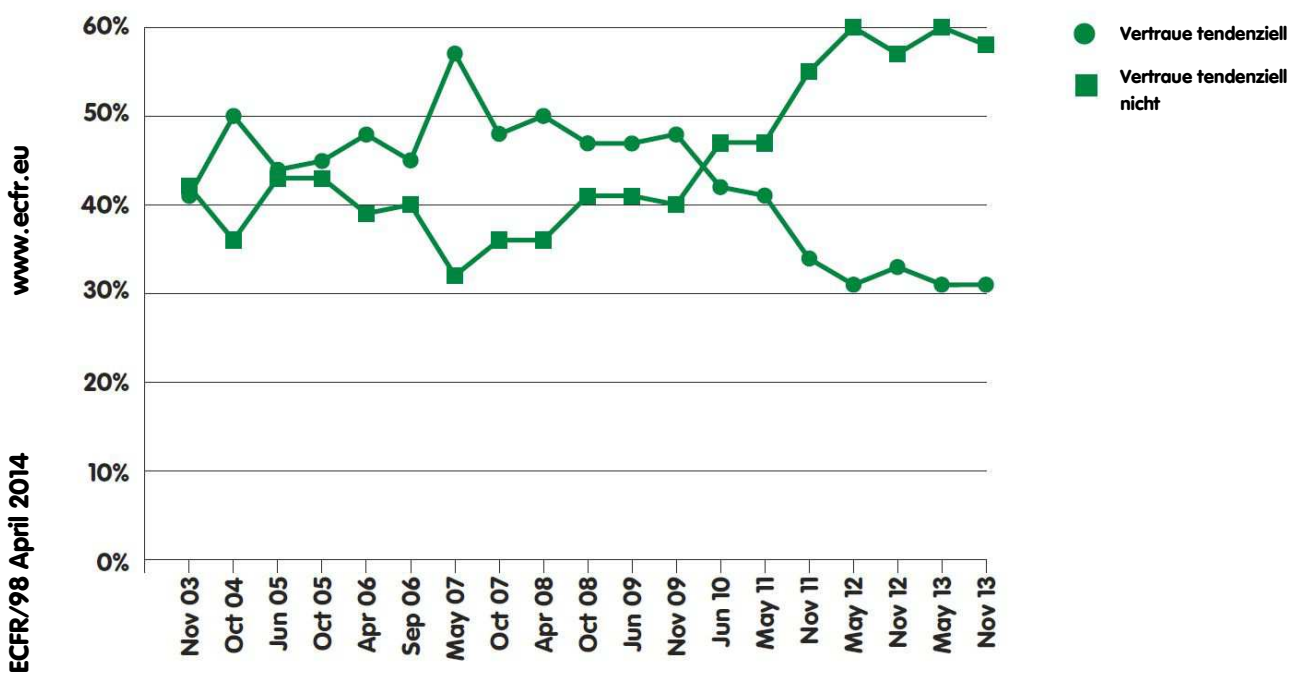
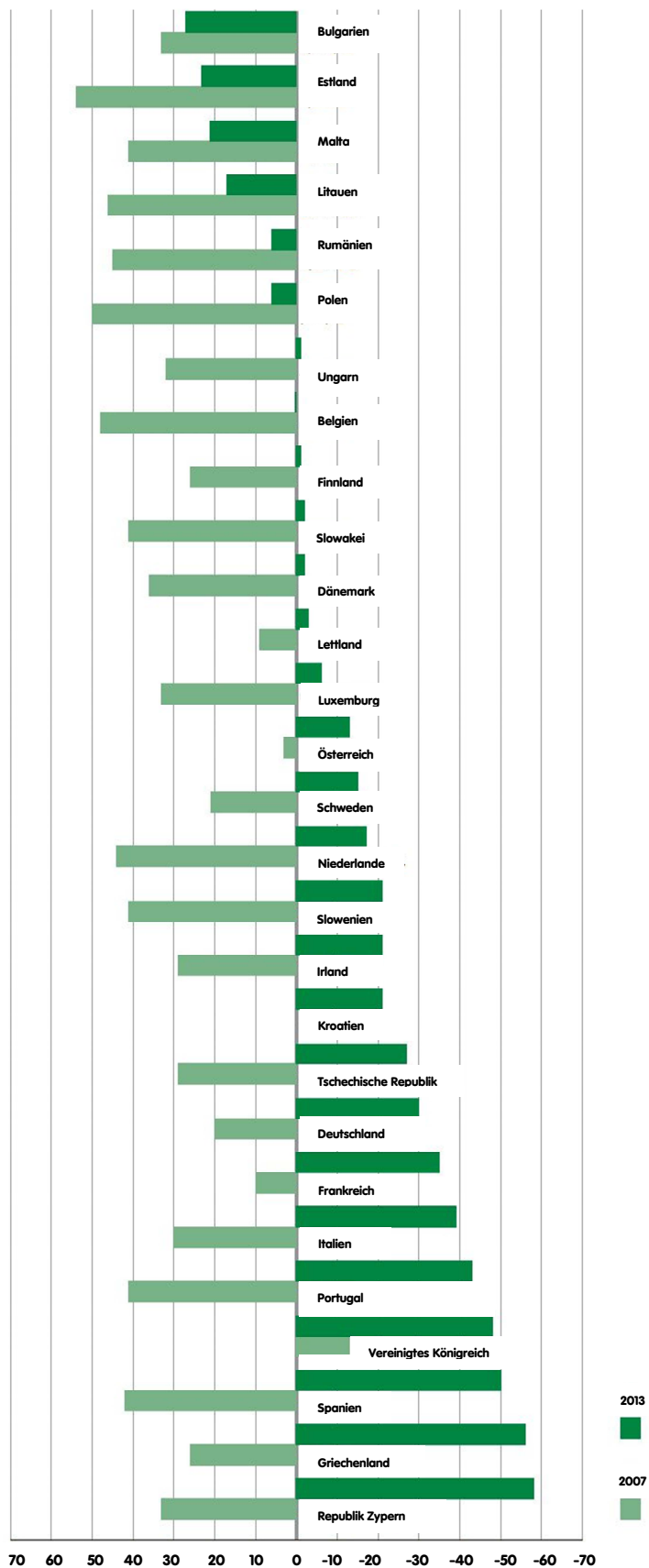


Abbildung 3

Vertrauen in die EU nach Mitgliedstaat

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Eurobarometer Daten (für Kroatien wurden nur Werte von 2013 berücksichtigt)



Wer sind die Europaskeptiker?

Trotz der Versuche der Europabefürworter, die Wahlen 2014 durch die Verknüpfung mit der Wahl des nächsten EU-Kommissionspräsidenten anders zu gestalten als frühere Europawahlen, wird die spannende Frage sein, wie stark die Europaskeptiker sind und wie groß ihr Einfluss auf die Gestaltung der EU-Politik ab Mai sein wird. Der Hintergrund ist, dass viele etablierte Parteien, die sich lange für die europäische Integration eingesetzt haben, damit zu kämpfen haben, ihre Wähler von sich zu überzeugen. Seit Ausbruch der Krise haben es nur 8 von 28 EU-Regierungen geschafft, wiedergewählt zu werden. Wie auch im Fall von Angela Merkel in Deutschland, hatten alle gemein, dass es sich um Mitte-rechts-Regierungen handelte, die eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik betrieben haben.⁷

Wohlhabende nordeuropäische Staaten wie Österreich, die Niederlande und Finnland, in denen bisher ein heimeliger Elitenkonsens herrschte, sind Kessel der Unzufriedenheit geworden, in denen die traditionellen Mitte-links- bzw. Mitte-rechts-Parteien von den Europaskeptikern an den Rand gedrängt werden. „Wir haben die Hosen voll“, so ein finnischer Minister. „Der einzige Weg, mit den Basisfinnen fertig zu werden, ist, sie nachzuahmen.“⁸ Etablierte Parteien übernehmen teilweise die Positionen europaskeptischer Parteien. Als einziger Ausweg bleibt meist nur die Bildung einer Großen Koalition – so wie in Österreich, Finnland, den Niederlanden, Deutschland und Italien. Doch dies verstärkt nur die Wahrnehmung, dass das von den Europaskeptikern vermutete „Kartell in Europa“ existiert.

Der Politikwissenschaftler Peter Mair hat darauf hingewiesen, dass sich dort, wo früher traditionelle Politik beheimatet war, eine Lücke aufgetan habe.⁹ Während sich die

Bürger aus der politischen Sphäre ins Private zurückgezogen haben, sind die zuvor im bürgerlichen Leben verankerten Parteien zu reinen Anhängseln des Staates geworden (eine „regierende Klasse“ die nach Ämtern strebt anstatt Weltanschauungen oder gesellschaftliche Gruppen zu vertreten). Diese Lücke versuchen die neuen Parteien zu schließen und sind damit – zumindest bislang – erfolgreich. Sie deuten Politik als Auseinandersetzung zwischen den Eliten und den Menschen um, und entdecken die in Vergessenheit geratenen Rollen der Opposition und des Protests wieder (einige Parteien wie die dänische Volkspartei, die griechische Syriza und die Fünf-Sterne-Bewegung vermeiden es nach Kräften, sich an einer Regierung zu beteiligen).

Die neuen europaskeptischen Kräfte lassen sich in vier Kategorien einteilen.¹⁰ Erstens natürlich die rechtsextremen Parteien. Diese Gruppe ist nicht homogen: Westeuropäische rechtsextreme Parteien wie die Front National in Frankreich, die Lega Nord in Italien, die niederländische Freiheitspartei und die Freiheitliche Partei Österreichs versuchen, wenn auch nicht immer erfolgreich, sich selbst zu entgiften; mittel-, ost- und südeuropäische rechtsextreme Parteien wie die griechische Partei Goldene Morgenröte, Jobbik in Ungarn, die Morgendämmerung der direkten Demokratie in der Tschechischen Republik sowie Ataka („Angriff“) in Bulgarien haben noch immer offen fremdenfeindliche und antisemitische Parteiprogramme und stehen in einigen Fällen der repräsentativen Demokratie skeptisch gegenüber. Beiden Gruppen ist gemeinsam, dass sie gegen Einwanderung und gegen den Euro sind, aber sie vermischen sich normalerweise nicht und selbst wenn doch, sind sie stark darum bemüht, ihren Zusammenhalt zu wahren.¹¹

¹⁰ Eine Klassifizierung dieser Parteien ist aufgrund ihrer Vielfalt, ihres Mangels an Transparenz und Vorgeschichte schwierig und riskant. Die Klassifizierung stammt von uns und spiegelt unsere Präferenzen wider. Dadurch ist sie angreifbar.

¹¹ Anlässlich der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in die EU haben sich einige dieser Parteien im Januar 2007 als politische Gruppe im Europäischen Parlament zusammengeschlossen. Zu dieser Gruppe, die sich „Identität, Tradition und Souveränität“ nannte, gehörte die französische Front National, die Großrumänien-Partei, die belgische Vlaams Belang, die Freiheitliche Partei

⁷ Anders Aslund: „Europe’s Voters Wisely Stick With Frugal Leaders“, in: Bloomberg View, 29. September 2013, abrufbar unter:

<http://www.bloombergvew.com/articles/2013-09-29/europe-s-voters-wisely-stick-with-frugal-leaders>.

⁸ Autoreninterview mit einem finnischen Minister.

⁹ Peter Mair: „Ruling the Void? The Hollowing of Western Democracy“, in: New Left Review, 42, November-Dezember 2006.

In die zweite Kategorie fallen rechte Parteien wie die britische UKIP, die AfD in Deutschland, die belgische Vlaams Belang, die Slowakische Nationalpartei, die dänische Volkspartei, die Schwedendemokraten und die Basisfinnen. Diese Parteien stellen weder die repräsentative Demokratie noch die grundlegenden politischen und bürgerlichen Rechte in Frage, auch wenn einige von ihnen diese Rechte bestimmten ethnischen oder religiösen Gruppen wie etwa Muslimen vorenthalten möchten, die sich ihrer Meinung nach nicht integrieren. Diese Parteien wenden in der Regel auch keine Gewalt an. Sie empfinden die Demokratie nicht als Bedrohung oder als Problem, sondern sind der Ansicht, dass die EU eine Bedrohung für die nationale Demokratie und Souveränität ist. Sie wollen die nationalen Währungen (sofern sie Mitglieder der Eurozone sind) und Grenzkontrollen wieder einführen (sofern sie Schengen-Staaten sind), die Niederlassungsfreiheit und die Freizügigkeit aufheben und wären auch für den Ausstieg aus der EU, wenn sich ihre Forderungen nicht erfüllen.

Die dritte Kategorie besteht aus konservativen Parteien, die Mitglieder der ECR-Fraktion im Europäischen Parlament sind. Zu dieser Fraktion gehören derzeit die britische Konservative Partei, die polnische Partei für Recht und Gerechtigkeit, die tschechische Demokratische Bürgerpartei, die niederländische ChristenUnion und die lettische Nationale Allianz und sie könnte auch eine Partei wie die tschechische ANO („Ja“) beheimaten. Zwar teilen diese konservativen Parteien viele Positionen der konservativ-bürgerlichen Europäischen Volkspartei (EVP), stimmen bei Abstimmungen über „mehr Europa“ aber nur selten zusammen mit dieser Fraktion.¹² Auch wenn sie untereinander keine einheitliche Meinung zum Euro und zur Einwanderung vertreten, sind sie eher in der

Lage, Kompromisse mit den etablierten proeuropäischen Kräften als mit Parteien der ersten oder zweiten Kategorie zu schließen, da sie entweder derzeit an einer nationalen Regierung beteiligt sind oder es früher einmal waren.

In die vierte Kategorie fallen linke europaskeptische Parteien wie die Syriza in Griechenland, Die Linke in Deutschland und die Sozialistische Partei in den Niederlanden, die zur Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament gehören. Diese Parteien sind nicht europaskeptisch im herkömmlichen Sinn und stimmen mit den rechten europaskeptischen Parteien auch nicht bezüglich der Ablehnung der Einwanderung überein, aber sie stehen der gegenwärtigen EU sehr kritisch gegenüber. Sie wollen zwar den Euro nicht abschaffen, stimmen aber regelmäßig gegen einen proeuropäischen Konsens in Fragen der Governance in der Eurozone, des Handels oder des Binnenmarktes. Die Grünen unter ihrem Ko-Vorsitzenden und Anti-Globalisierungsaktivisten José Bové schließen sich dieser Fraktion ebenfalls manchmal an, vor allem wenn es um handelspolitische und soziale Fragen geht. Auch wenn die Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo kein Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament nachweisen kann, ist davon auszugehen, dass sie eher gegen die traditionell etablierten Parteien als mit ihnen stimmen würde.

Wie groß wird die europaskeptische Welle werden?

Laut Schätzungen könnten Ende Mai zwischen 200 und 220 europaskeptische MEPs ins Europäische Parlament einziehen. Andere Schätzungen gehen von 150 bis 160 aus.¹³ Nach

Österreichs, die bulgarische Ataka und zwei rechtsextreme italienische MEPs, darunter Alessandra Mussolini. Diese Allianz löste sich im November 2007 wegen interner Spannungen auf.

¹² Die rechte populistische ungarische Regierungspartei Fidesz gehört formell zur EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, auch wenn ihre Anschauungen und Politikansätze sie in die Nähe von traditionell Konservativen aus der ECR und rechtspopulistischen Parteien rücken würden.

¹³ Simon Hix geht von 100 rechtsextremen MEPs aus und zusammen mit der radikalen Linken könnte es die Gruppe der gegen den Mainstream gerichteten Kräfte auf 200-220 MEPs bringen (PollWatch2014, abrufbar unter: <http://www.pollwatch2014.eu/>). Der Kolumnist der Le Monde, Arnaud Leparmentier schätzt ihre Stärke auf 150-160 MEPs (vgl. Arnaud Leparmentier: „Le pire n'aura pas lieu“, 11. Dezember 2013, abrufbar unter:

unseren Berechnungen könnten es fast 200 europaskeptische Europaabgeordnete sein. Die rechtsextremen und rechtspopulistischen europaskeptischen Parteien (analog der ersten beiden Kategorien) könnten bis zu 77 Sitze erhalten und die Parteien der gegenwärtigen ECR-Fraktion (die dritte Kategorie) dürften bis zu 46 Sitze erringen – somit käme man auf insgesamt 123 rechte europaskeptische Abgeordnete.¹⁴ Gemäß Umfragen bekommt die Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke-Fraktion (die vierte Kategorie) rund 55 Sitze. Damit beläuft sich die Zahl der gegen die etablierten Parteien gerichteten MEPs auf 178. Zählt man noch die Fünf-Sterne-Bewegung von Grillo hinzu, die vermutlich 20 Sitze gewinnen wird, könnten Ende Mai insgesamt 198 europaskeptische Abgeordnete im Europäischen Parlament vertreten sein.

Geht man davon aus, dass bis zu 175 politische Parteien Sitze bei den Wahlen im Mai gewinnen können, ist es naturgemäß schwierig, verlässliche Prognosen über die Zahl der neu im Europaparlament vertretenen europaskeptischen MEPs anzustellen. Die Wahlbeteiligung könnte somit den Ausschlag geben. Im Jahr 2009 war die Wahlbeteiligung in Frankreich (40 Prozent) und in Großbritannien (34 Prozent) niedrig, was darauf schließen lässt, dass paradoxerweise die proeuropäischen Parteien von einer niedrigen Beteiligung profitieren, falls die Europaskeptiker nicht zur Wahl gehen (in Italien lag die Wahlbeteiligung im Jahr 2009 allerdings bei 65 Prozent). Andererseits könnten die Europaskeptiker ihre Unterstützer an die Urnen treiben, um die nationalen Regierungen für ihre schlechte Wirtschaftsleistung zu bestrafen oder sie

http://www.lemonde.fr/idees/article/2014/12/11/le-pire-n-aura-pas-lieu_3529209_3232.html) und die Konrad-Adenauer-Stiftung kommt auf 190 MEPs (vgl. Karsten Grabow und Florian Hartleb: „Europa – Nein Danke?“, 2013, abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_36200-544-1-30.pdf?131202091119).

¹⁴ Die Schätzung von 77 rechtsextremen und rechten MEPs bezieht sich auf 11 westeuropäische rechtsextreme Parteien (die französische Front National, die italienische Lega Nord, die holländische Freiheitspartei, die dänische Volkspartei, die Schwedendemokraten und die Basisfinnen) von denen wir ausgehen, dass sie mit bis zu 70 MEPs einziehen werden sowie die mittel-, ost- und südosteuropäischen rechtsextremen Parteien, die unserer Ansicht nach bis zu sieben Abgeordnete entsenden können.

hinsichtlich Einwanderungs- und anderer EU-feindlicher Themen zu mobilisieren.

Es ist dennoch möglich, Schlussfolgerungen über die zu erwartenden Auswirkungen der europaskeptischen Welle auf die Arbeitsweise des Europäischen Parlaments zu ziehen. Die Zahlen lassen vermuten, dass es der Anti-EU-Allianz von Geert Wilders und Marine Le Pen nicht gelingen wird, das Europäische Parlament in ein „selbst hassendes Parlament“ zu verwandeln, den Euro abzuschaffen, nationale Währungen wieder einzuführen und die Freizügigkeit der Menschen aufzuheben. Doch wenn die Umfragen und unsere eigenen Berechnungen stimmen, werden die traditionellen etablierten Parteien es bei einigen Themen mit einer anti-föderalistischen populistischen Koalition zu tun haben, die ungefähr genauso groß sein dürfte wie die gegenwärtig größten Fraktionen, die EVP und die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten (S&D), denen je 212 MEPs vorhergesagt werden.

Die Mehrheit von 553 MEPs (bzw. 72 Prozent der Sitze), die die etablierten proeuropäischen Parteien derzeit im Europäischen Parlament haben, könnte folglich auf 486 Sitze (bzw. 65 Prozent der Sitze) absinken. Der Verlust von 67 Sitzen könnte ausreichen, um die Arbeitsweise des Parlaments entscheidend zu verändern. Die Fragmentierung der Parteien, die geringe Anwesenheit und die Notwendigkeit einer absoluten Mehrheit bei der Verabschiedung von einigen Gesetzentwürfen bedeutet im Europäischen Parlament, dass man normalerweise viele MEPs einbinden muss, um eine Mehrheit zu organisieren. Die europaskeptische Welle könnte den proeuropäischen Parteien daher das Leben schwer machen – vor allem wenn sie entlang nationaler Gruppen geteilt sind – wie das oft bei Themen über die wirtschaftliche Governance in der Eurozone der Fall ist – oder entlang weltanschaulicher Linien (d.h. recht - links).¹⁵

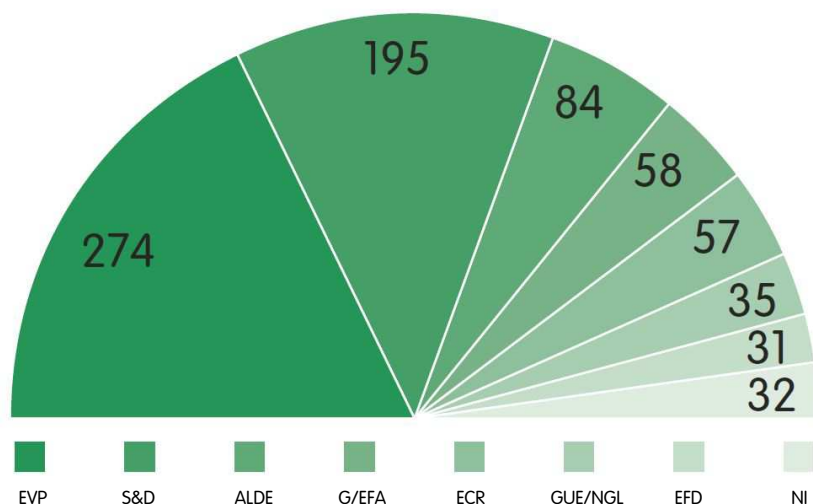
¹⁵ Laut Umfragen kann die ungarische Fidesz, die formell zur EVP-Fraktion gehört, bis zu neun Sitze erzielen. Die rechtspopulistische Agenda der Partei wird aber nur schwer mit der Fraktionsdisziplin in Einklang zu bringen sein.

Abbildung 4

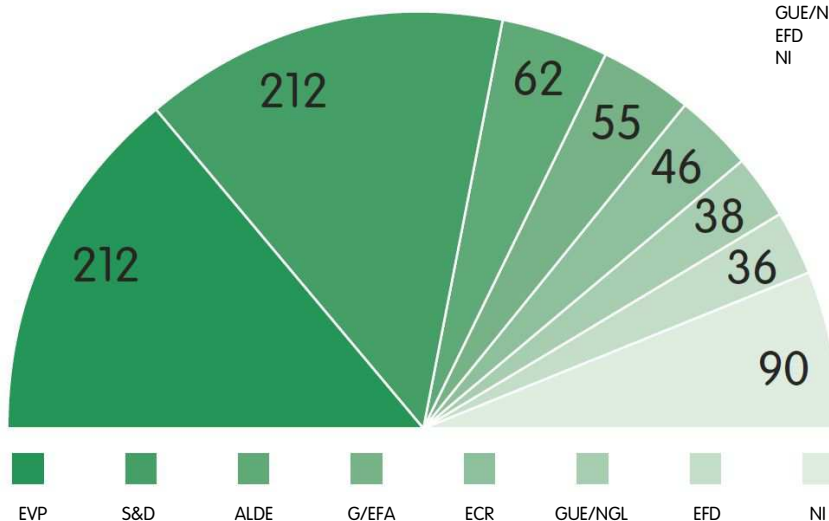
Europaskeptiker im Europäischen Parlament (MEPs)

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Daten des Europäischen Parlaments und PollWatch. Die Anzahl der Sitze für die Wahlperiode 2009-2014 basieren auf Daten des Europäischen Parlaments, die unter <http://www.europarl.europa.eu/meps/en/crosstable.html> abgerufen werden können. Schätzungen für die Wahlperiode 2014-2019 sind unter <http://www.pollwatch2014.eu/> verfügbar.

Europäisches Parlament 2009–2014



Europäisches Parlament 2014–2019 Neueste Prognosen



Abkürzungen:

EVP	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten
ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
G/EFA	Grüne/Freie Europäische Allianz
ECR	Europäische Konservative und Reformisten
GUE/NGL	Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
EFD	Europa der Freiheit und der Demokratie
NI	Fraktionslose MEPs

Dies könnte die proeuropäischen Parteien zu einer Bündelung ihrer Kräfte gegen die Europaskeptiker zwingen. Wenn die Umfragen Recht behalten, wird es politisch unmöglich sein, ein Gesetz zu verabschieden, außer wenn Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien zusammen abstimmen. Wenn nur die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und die ECR-Fraktion zusammen mit der EVP stimmen, hätte eine solche Koalition lediglich 320 Stimmen (bzw. 43 Prozent der Sitze); wenn nur die Grünen und die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke zusammen mit der S&D-Fraktion stimmen, käme diese Mitte-links-Koalition auf gerade mal 305 Stimmen (bzw. 41 Prozent der Sitze). Die wahrscheinlichste Koalition wäre daher eine Kombination aus S&D, ALDE und EVP: mit 486 Stimmen hätte sie eine komfortable Zweidrittelmehrheit und könnte Gesetze zum Binnenmarkt, Handelsfragen und zur Governance in der Eurozone verabschieden.

Als Folge der Notwendigkeit einer absoluten Mehrheit für einige Gesetzentwürfe mussten Europabefürworter schon immer bis zu einem gewissen Grad im Europäischen Parlament zusammenarbeiten. Doch die europaskeptische Welle könnte dazu führen, dass sie sich noch stärker zusammenraufen müssen – wodurch sie ihre Differenzen über die zukünftige Richtung Europas nicht mehr adäquat artikulieren könnten. Dies könnte den Eindruck verstärken, dass die großen politischen Trennlinien in Europa zwischen proeuropäischen Eliten und europaskeptischen Populisten verlaufen und nicht zwischen linken und rechten Visionen von Europa. Es würde die Behauptung der Europaskeptiker stärken, dass die EU ein Projekt der Eliten ist, das weit entfernt von den Sorgen der Bürger agiert und dass die etablierten Parteien sich im Notfall zusammenschließen und den Wettbewerb untereinander aussetzen, um einen „Cordon sanitaire“ gegenüber den Neuankömmlingen aufzubauen. Kurzum, dass es ein „Kartell in Europa“ gibt.

Was planen die Europaskeptiker?

Der Einfluss der Europaskeptiker im neuen Europäischen Parlament wird nicht nur von

ihrer zahlenmäßigen Stärke abhängen, sondern auch von ihrer Geschlossenheit als Gruppe – und man darf davon ausgehen, dass sie hart dafür kämpfen werden, diese Geschlossenheit zu erreichen. In der Vergangenheit waren europaskeptische Parteien jedoch selten effektiv.¹⁶ Doru Frantescu von VoteWatch, einer Organisation die alle Abstimmungen im Europäischen Parlament dokumentiert, hat nachgewiesen, dass radikale Gruppierungen sich seltener beteiligen und in der Regel im Europäischen Parlament einen geringeren Zusammenhalt aufweisen als etablierte Gruppierungen, was ihren Einfluss auf das Abstimmungsergebnis mindert.¹⁷ Auch wenn Wilders und Le Pen über eine Allianz der Europaskeptiker sprechen, ist der Zuspruch für Parteien wie die UKIP, die Basisfinnen und die AfD darauf zurückzuführen, dass sie darauf achten, keine Verbindungen zwischen ihren Parteien und rechtsextremen Bewegungen zu haben.

Rechte Europaskeptiker vertreten bei der Einwanderungspolitik ähnliche Positionen. So würden sie beispielsweise nie Maßnahmen zur Stärkung der EU-Einwanderungspolitik verabreden, wozu die Erhöhung von Grenzkontrollen oder eine Ausgabenerhöhung zugunsten von Frontex gehören würden. Europaskeptiker wollen vielmehr die Grenzsicherung wieder in die Hände der Nationalstaaten zurückgeben anstatt die Kontrollen an den Außengrenzen der EU zu verbessern. Aus diesem Grund ist es sehr unwahrscheinlich, dass sie zur besseren Regelung der Freizügigkeit der Menschen innerhalb der EU mit den etablierten europäischen Kräften zusammenarbeiten werden.

¹⁶ Marley Morris: „Conflicted Politicians: The populist radical right in the European Parliament“, Counterpoint Report, 2013, abrufbar unter: <http://counterpoint.uk.com/wp-content/uploads/2013/06/Conflicted-politicians-the-populist-radical-right-in-the-European-Parliament.pdf>.

¹⁷ Doru Frantescu: „The balance of power in the current European Parliament is crucial for understanding the issues at stake in the 2014 European elections“, LSE Blog, 24. Oktober 2013, abrufbar unter: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2013/10/24/the-balance-of-power-in-the-current-european-parliament-is-crucial-for-understanding-the-issues-at-stake-in-the-2014-european-elections/>.

Dies schließt jedoch nicht aus, dass Europaskeptiker aus taktischen Gründen kooperieren würden. Ganz konkret könnten sie drei Dinge tun: Erstens könnten sie versuchen, den Auswahlprozess für den EU-Kommissionspräsidenten zu behindern, blockieren, verzögern oder seiner Legitimation zu berauben. UKIP-Parteichef Nigel Farage hat die Ablehnung der Europäischen Kommission als „den großen Preis“ bezeichnet. „Wenn das Parlament sagen würde: ‚Wir lehnen diese Kommission ab, weil es eine immer engere Union anstrebt‘, wäre das gigantisch,“ so Farage. „Angesichts der Konstruktion der EU könnte das Parlament, wenn es wollte, tatsächlich das gesamte Projekt ins Chaos führen.“¹⁸ Auch wenn die Europaskeptiker das vermutlich nicht schaffen werden, können sie einzelne Kommissare ablehnen und so die neue Kommission schwächen.

Zweitens könnten die Europaskeptiker tagtäglich daran arbeiten, den Ruf des Europäischen Parlaments zu ruinieren. Sie wissen natürlich, dass die Medien ihre schrillen Reden sofort aufgreifen und sie werden versuchen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und das Image des Europäischen Parlaments zu beschädigen. Die Gefahr liegt darin, dass just zu dem Zeitpunkt, an dem das Europäische Parlament zur Wiedererlangung seiner Legitimität einen möglichst leistungsstarken Eindruck vermitteln muss, die Medien das Bild eines Irrenhaus zeichnen könnten, in dem die etablierten europäischen Kräfte von Populisten belagert sind.

Drittens werden die Europaskeptiker es den etablierten Parteien schwer machen, für Freizügigkeit in der EU und für Finanztransfers sowie Solidarität in der Eurozone einzustehen.¹⁹ Sind sie innenpolitisch geschwächt, könnten die etablierten proeuropäischen Parteien und Regierungen versucht sein, den Europaskeptikern in einigen Forderungen

nachzugeben. Dadurch könnte beispielsweise die Verabschiedung von Freihandelsabkommen erschwert werden. Einige Mitglieder der S&D-Fraktion wie etwa die französischen Sozialisten, könnten sich auch mit der Unterstützung der in der letzten Legislaturperiode verabschiedeten Disziplinierungsmaßnahmen zur Governance in der Eurozone sowie den Sparmaßnahmen schwer tun. Auch für die EVP könnte es zur Zerreißprobe kommen, wenn die Niederlassungsfreiheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit verteidigt werden müssen, was den Binnenmarkt unterminieren und die Europaskeptiker stärken würde.

Die wirkliche Gefahr

Die populistischen Parteien müssen nicht über eine Mehrheit im Parlament verfügen, um ihre Agenda durchzusetzen. Die wahre Gefahr der Europaskeptiker liegt darin, dass es ihnen gelingen könnte, die Agenda der etablierten Parteien zu beeinflussen, und zwar sowohl in Europa als auch in ihren Heimatländern. Laut Umfragen könnten die Europaskeptiker in vier Ländern zur stärksten politischen Kraft werden: In Polen (Recht und Gerechtigkeit, 32 Prozent der Stimmen), Griechenland (Syriza, 25 Prozent), der Tschechischen Republik (ANO, 25 Prozent) und in den Niederlanden (Freiheitliche Partei, 17 Prozent). Dass die Europaskeptiker so stark werden wie traditionelle etablierte Parteien wird für Großbritannien (UKIP, 25 Prozent), Dänemark (Volkspartei, 24 Prozent), Italien (Fünf-Sterne-Bewegung, 21 Prozent), Österreich (Freiheitliche Partei, 21 Prozent), Frankreich (Front National, 21 Prozent), Litauen (Ordnung und Gerechtigkeit, 20 Prozent), Ungarn (Jobbik, 19 Prozent) sowie Finnland (Basisfinnen, 18 Prozent) prognostiziert.

Diese politischen Erdbeben in den EU-Ländern werden tiefgreifende Auswirkungen auf die europäische Politik haben. Politische Positionen ehemals „etablierter“ Parteien hinsichtlich europäischer Themen haben sich bereits als Reaktion auf die Zunahme des Euroskeptizismus verschärft. So können beispielsweise derzeit die Positionen der britischen Konservativen Partei von denen der UKIP kaum unterschieden werden. Tatsächlich gibt Farage zu, dass er einerseits die Positionen der etablierten Parteien beeinflussen und

¹⁸ Autoreninterview mit Nigel Farage.

¹⁹ Eine jüngst von IFOP durchgeführte Umfrage ergab, dass 55 Prozent der Franzosen und 56 Prozent der Deutschen die Schengen-Vereinbarung sowie die Freizügigkeit der Menschen innerhalb der EU in Frage stellen und dass 44 Prozent der Deutschen aus dem Euro aussteigen möchten; vgl. IFOP: „Regards sur l’Europe“, März 2014.

andererseits selbst Macht gewinnen möchte – und bislang sieht es so aus als wäre er erfolgreich.²⁰

Die europaskeptische Welle bei den Europawahlen könnte die Lust auf „mehr Europa“ bei einigen Regierungen wichtiger Mitgliedsländer weiter absinken lassen. Das wäre vor allem für das wichtige Thema der Governance in der Eurozone ein Problem. Die Pläne zur Komplettierung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) erfordern die weitere Übertragung von Befugnissen an die EU bis hin zu einem neuen Vertragswerk, doch die Stärke der Populisten könnte einige nationale Politiker davor zurückschrecken lassen, mehr Souveränität abzutreten oder sich auf eine Vertragsänderung einzulassen, die in vielen EU-Mitgliedstaaten durch ein Referendum abgesegnet werden müsste. Je größer der Fortschritt auf dem Weg zur Vollendung der WWU ist, desto mehr Regierungen werden versucht sein, auf vermehrte europäische Integration mit stärkeren Maßnahmen zur Beschränkung der Freizügigkeit zu reagieren.

Folglich könnten sich die Ergebnisse der Europawahlen am stärksten auf die nationale Politik der Mitgliedstaaten auswirken. In der Vergangenheit haben europaskeptische Kräfte es geschafft, einen gewissen Einfluss auf die Gesetzgebung in ihren Heimatstaaten auszuüben, indem sie entweder in Koalitionsregierungen eingetreten sind, Regierungen ihre Unterstützung als Gegenleistung für eine Anti-Einwanderungspolitik zugesagt oder schwache Regierungen bzw. Koalitionsregierungen ohne ausreichende Mehrheit im Parlament bedroht haben. Dies ist das Spiel, das sie beherrschen und spielen wollen. Das Europäische Parlament könnte ab Mai dazu dienen, ihre Machtbasis zu Hause auszubauen. Dies könnte auch die Rolle des Europäischen Parlaments im europäischen Politikgestaltungsprozess verändern.

Seit 1979 hat das Europäische Parlament stetig an Macht hinzugewonnen. Doch wenn die Gemeinschaftsmethode immer schwieriger wird, werden sich Europabefürworter immer stärker darauf konzentrieren, hochsensible politische Integrationsschritte durch

Notstandsbefugnisse und zwischenstaatliche Verträge zu erreichen, was die Europäische Kommission und das Europäische Parlament noch mehr in den Hintergrund drängt. Integration würde somit durch List geschehen – das heißt durch die Hintertür des Europäischen Rates – anstatt sich öffentlich zu vollziehen. Dies könnte zu einer Fragmentierung der EU führen, den *acquis communautaire* aushöhlen und zu Spannungen zwischen den Institutionen sowie zwischen Ländern mit und ohne Euro führen.²¹

Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission gelten als Gewinner dieser Wahlen, doch die nationalen Regierungen könnten die Wahlergebnisse dazu nutzen, ihren Zugriff auf beide Institutionen zu verstärken und zunehmend auf den Europäischen Rat zu setzen, der damit zur *de-facto*-Regierung der EU würde. Sie könnten nach alternativen Quellen der Legitimität im eigenen Land suchen, vor allem, indem sie die Rolle der nationalen Parlamente bei der Überwachung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission stärken. Die nächste Phase der europäischen Integration wird noch mehr Souveränitätstransfer aus den nationalen Hauptstädten erforderlich machen. Doch auch wenn das Europäische Parlament bei der Legitimation dieser Schritte behilflich sein könnte, könnte es am Ende wegen sinkender Wahlbeteiligung, wachsender Euroskepsis, einer Kartellbildung des politischen Wettbewerbs und eines nachlassenden Appetits auf weitere Integrationsschritte nicht an Relevanz zulegen, sondern verlieren.

Jenseits von „mehr Europa“

Schon seit langem hat sich das Europäische Parlament in Wahlkämpfen für das Brüsseler System ausgesprochen und „mehr Europa“ eingefordert – sowie mehr Macht für sich selbst. In den letzten 35 Jahren hat es schrittweise mehr Rechte für sich beansprucht und sich als Kraft der europäischen Integration neben der Europäischen Kommission (die zunehmend Angst vor dem Parlament hat) und dem Europäischen Gerichtshof etabliert. Doch

²⁰ Autoreninterview mit Nigel Farage.

²¹ Piotr Buras: „The EU’s Silent Revolution“, European Council on Foreign Relations, September 2013, abrufbar unter: http://ecfr.eu/page/-/ECFR87_EU_SILENT_REVOLUTION_AW.pdf.

diese Phase könnte nun zu Ende gehen. Bei den Europawahlen werden viele europaskeptische Abgeordnete gewählt werden, die das europäische Projekt umkehren wollen: nicht „mehr Europa“, sondern „weniger Europa“.

Die Stärke der neuen Europaskeptiker resultiert aus der Eurokrise und den Sparmaßnahmen. Viele ihrer Kritikpunkte hinsichtlich des Status quo in Europa basieren auf Fakten: der Euro krankt an schwerwiegenden Konstruktionsfehlern; die Eurozone ist gespalten in Geber- und Nehmerländer; es herrscht eine Wachstums- und Beschäftigungskrise; die von der Troika verfassten Memoranda für Programmländer haben ein echtes demokratisches Defizit geschaffen; die Einwanderungspolitik der EU ist unpopulär; und die EU scheint häufiger eher ein Vehikel für die Globalisierung zu sein als ihre Bürger vor ihren Auswirkungen zu schützen. Doch nach Ansicht der Europaskeptiker ist Europa das Problem und der Nationalstaat die Lösung. Tatsächlich aber können viele dieser Probleme nur auf europäischer Ebene gelöst werden und erfordern europäische Reformen anstatt eine Rückkehr zur Nationalpolitik.

Europabefürworter hatten die Hoffnung, dass eine institutionelle Neuerung – die Möglichkeit einen Kandidaten als Kommissionspräsident zu wählen – die Dynamik der Auseinandersetzung zwischen „mehr“ und „weniger“ Europa verändern könnte, indem eine inhaltliche Auseinandersetzung über verschiedene Visionen von „mehr Europa“ beginnt. Auch wenn es richtig ist, stärker auf die politische Diskussion zu setzen, hat diese Vorgehensweise eher die europaskeptische Welle gestärkt statt sie zu schwächen.

Die Gefahr liegt darin, dass die etablierten Parteien hierauf eher mit einem Rückfall in technokratische Kooperation reagieren und es vorziehen könnten, „business as usual“ zu betreiben. Anstatt einen proeuropäischen Block zu bilden, sollten sie lieber versuchen, Platz für politische Debatten zwischen konkurrierenden Visionen für Europa freizumachen und so den Wettbewerb zwischen links und rechts sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zu ermöglichen. Hierzu muss eine neue Agenda

für ein soziales Europa und einen verantwortungsbewussten Kapitalismus sowie eine politische Agenda entwickelt werden, die Antworten auf die Rolle der EU bei der Lösung der Probleme des 21. Jahrhunderts bietet – vom Umgang mit großen Datenmengen bis hin zum Aufstieg Chinas.

Die Herausforderung liegt darin, Spaltpilze zwischen die Europaskeptiker zu treiben anstatt sie zu ermutigen, eine Anti-Elite-Allianz zu gründen. Um das zu bewerkstelligen, müssen die etablierten Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien viel mehr machen als die europaskeptische Kritik an Europa anzuerkennen und ihre Lösungsvorschläge abzulehnen. Ob sie es auf die Sparmaßnahmen oder die unkontrollierte Einwanderung schieben, Fakt ist, dass viele Europäer verärgert über die EU sind, weil sie nicht so agiert hat wie man es von ihr erwartet hätte. Der Euro wurde gerettet, aber dies ging zu Lasten von Wachstum und Arbeitsplätzen und hat zu Spaltungen zwischen Bürgern und Eliten, Nehmern und Gebern sowie Ländern mit und ohne Euro geführt.

Wenn Europa bei der Bekämpfung der Europaskeptiker Erfolg haben will, muss es sie zu Hause konfrontieren, wo sie stärker sind und nicht nur in Brüssel, wo sie schwächer sind. Sie müssen auch den neuen Trennlinien Beachtung schenken, die in Folge der Krise entstanden sind, wie etwa die zwischen Nehmern und Gegnern sowie Ländern mit und ohne Euro. Kurz gesagt: Europa braucht mehr Politik und mehr Widerspruch. Anstatt sich zu verschanzen, sollten die etablierten Parteien den Menschen echte Wahlmöglichkeiten bieten und Themen ansprechen, die die Menschen wirklich bewegen.

Über die Autoren

Mark Leonard ist Mitgründer und Direktor des European Council on Foreign Relations. Er ist der Autor *Warum Europa die Zukunft gehört* (2007) und *Was denkt China?* (2009). Zu seinen Veröffentlichungen für den ECFR zählen *The Spectre of a Multipolar Europe* (mit Ivan Krastev et al, 2010), *Four Scenarios for the Reinvention of Europe* (2011), *A Europe of Incentives: How to regain the trust of citizens and the markets* (mit Jan Zielonka, 2012) und *China 3.0* (2012).

José Ignacio Torreblanca ist Senior Policy Fellow und Leiter des „Reinvention of Europe“-Programms beim European Council on Foreign Relations. Als Dozent für Politikwissenschaft an der UNED-Universität in Madrid, ehemaliger Fulbright-Stipendiat und Mitarbeiter am Juan March Institute for Advanced Studies in Madrid, hat er zahlreiche Publikationen zur EU-Integration verfasst, u.a. zu institutionellen Reformen, zur Osterweiterung und der EU-Außenpolitik sowie zu spanischer Außenpolitik. Seit 2008 schreibt er eine regelmäßige Kolumne für *El País*. Für den ECFR hat er u.a. *What is Political Union?* (mit Sebastian Dullien, Dezember 2012) veröffentlicht.

Dieser Policy Brief ist die deutsche Fassung des englischen Textes: Mark Leonard und José Ignacio Torreblanca, 'The Eurosceptic Surge and how to Respond to it', *European Council on Foreign Relations*, (98, April 2014)

Übersetzung: Dr. Dorothea Jestädt

Danksagung

Die Autoren möchten Hans Kundnani für seine Hilfe bei der Bearbeitung dieses Textes sowie Jose Piquer für seine Unterstützung bei Grafiken, Abbildungen und der geschickten Navigation durch die verschiedenen verfügbaren Umfragen danken. Unsere Kollegen Piotr Buras, Josef Janning, Thomas Klau und Olaf Boehnke haben ebenfalls wertvolle Kommentare beigetragen. Unser Council-Mitglied Lykke Friis und unser Kollege vom Elcano Royal Institute for International Affairs in Madrid, Ignacio Molina, haben ebenfalls geholfen. Die inhaltliche Verantwortung verbleibt ausschließlich bei den Autoren.

ECFR möchte der Stiftung Mercator, Steven Heinz und Zennström Philanthropies für ihre kontinuierliche Unterstützung des ECFR Schwerpunkt-Programms „Reinvention of Europe“ danken.



Stiftung
Mercator

Über ECFR

Der European Council on Foreign Relations (ECFR) wurde im Oktober 2007 gegründet und ist der erste pan-europäische Think Tank. Sein Ziel ist es, Forschung zu betreiben und relevante Informationen zu verbreiten, um eine fundierte Debatte über eine kohärente, effektive und wertorientierte Europäische Außenpolitik anzuregen.

Die Strategie des ECFR wird durch drei zentrale Elemente charakterisiert:

- **Ein pan-europäischer Rat.** Der ECFR bringt zweihundert hochrangige Council Members aus allen EU Staaten zusammen – Politiker, Entscheidungsträger, Denker und Unternehmer – die sich einmal im Jahr zu einem Ratstreffen zusammenfinden. Durch geografische und thematische Arbeitsgruppen arbeiten die Council Members eng mit den ECFR Mitarbeitern zusammen und stehen ihnen mit Feedback, Ideen und Ratschlägen zur Seite. Vorsitzende des Councils sind Martti Ahtisaari, Joschka Fischer und Mabel von Oranje.
- **Direkt vor Ort in den wichtigsten Mitgliedsstaaten.** ECFR ist als einziger Think Tank in Berlin, London, Madrid, Paris, Rom, Sofia und Warschau vertreten. In naher Zukunft plant ECFR auch ein Büro in Brüssel zu eröffnen. Unsere Büros sind Orte der Forschung, Debatte, Interessensvertretung und Kommunikation.
- **Einzigartige Forschung und Politikanalysen** . ECFR hat es geschafft, ein Team von ausgezeichneten Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern aus ganz Europa zusammenzubringen, die ECFRs pan-europäisches Projekt mit ihrer Arbeit fördern. Die Aktivitäten des ECFR umfassen Forschung, Veröffentlichungen von Policy Reports, private Gesprächsrunden und öffentliche Debatten sowie Pressearbeit und „Friends of ECFR“ Zusammenkünfte in europäischen Hauptstädten.

ECFR ist ein eingetragener wohltätiger Verein, der durch die Spenden der Open Society Foundation und anderen großzügigen Stiftungen, Privatpersonen und Firmen finanziert wird. Diese Spender machen es uns möglich unsere Ideen zu verbreiten und für eine wertorientierte europäische Politik einzutreten. ECFR arbeitet eng mit anderen Think Tanks und Organisationen zusammen.

www.ecfr.eu

Der European Council on Foreign Relations hat keine kollektive Position. Wie alle ECFR Veröffentlichungen, gibt dieses Paper ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

Das Urheberrecht liegt beim European Council on Foreign Relations. Das Kopieren und Weiterverbreiten dieses Inhaltes ist nur zu persönlichen, nicht-kommerziellen Zwecken gestattet.

©ECFR April 2014

ISBN: 978-1-906538-98-9

Veröffentlicht durch den European Council on Foreign Relations (ECFR),
35 Old Queen Street, London, SW1H 9JA,
United Kingdom